

Europa transparenter durch demokratisch gewählte europäische Regierung

Von Torben Zahradnicky am 20.10.20 überarbeitet am 21.05.22

Die EU steht oft vor der Herausforderung, dass ihre Entscheidungsprozesse für viele Bürger wenig durchschaubar bzw. wenig transparent sind. Handelnde Akteure sind vielen Bürgern oft unbekannt, da vielen europäischen Verantwortungsträgern in den Medien der einzelnen Nationalstaaten nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die komplexen Prozesse tun ihr Übriges. Wie kann dem entgegengewirkt werden? Martin Schulz, der damalige Präsident des Europäischen Parlaments, plädierte 2016 für den Umbau der Europäischen Kommission zu einer echten europäischen Regierung. Diese Regierung solle „der parlamentarischen Kontrolle des Europaparlaments und einer zweiten Kammer, bestehend aus Vertretern der Mitgliedstaaten, unterworfen“ sein“. Politische Verantwortlichkeiten auf EU-Ebene sollen dadurch transparenter werden. Außerdem, so Schulz, könne dadurch eine europäische Regierung mittels Wahlen durch eine andere ersetzt werden.

Dies ist für mehr Transparenz und Demokratie der EU als Gesamtes m. E. ein grundsätzlich guter Gedanke! Hierfür ist jedoch Bürgerengagement erforderlich. Wichtig zu erwähnen ist, dass die Etablierung bzw. Installierung solch einer Regierung niemals den Föderalismus durch einen Zentralismus ersetzen soll. Ganz getreu dem föderalen Grundgedanken, sollen Angelegenheiten, die national besser gelöst werden können, auch weiterhin national gelöst werden. Angelegenheiten die regional besser gelöst werden können, sollen auch weiterhin regional gelöst werden. Jedoch ist es für einige Fragen wichtig europäische Antworten zu finden. Hierzu müssen die Politiker und Bürger Europas erarbeiten, welche Bereiche europäische Kernbereiche sein sollen und welche nicht. Aus der europäischen Bürgerschaft können dann europäische Politiker hervortreten, welche in allen Mitgliedsländern der EU bekannt gemacht werden. Diese können dann bei der Europawahl antreten.

Wichtig hierbei ist, dass dieser Aufbau „von unten nach oben“ gewahrt wird und keine Lobbyistengruppe eine transnationale „Super-Regierung“ erschafft welche ihre Interessen von oben den Bürgern überstülpt. Keine nicht-gewählten Repräsentanten sollen Entscheidungen treffen sondern nur Repräsentanten welche aus den europäischen Völkern hervortreten, demokratisch gewählt und in ganz Europa bekannt sind. Daher sind auch Entwicklungen, welche Organisationen wie der WHO immer mehr Macht zusprechen absolut entgegenzuwirken. Zusammengefasst lässt sich sagen: Wenn ein Bereich ein europäischer Kernbereich ist, sollten nur gewählte Repräsentanten hierüber entscheiden und es sollte klar ersichtlich sein, wer die Entscheidungsträger sind.

Der genaue Ablauf dieser Wahl sowie dieser Prozess als Gesamtes sollte mit der gesamten europäischen Bürgerschaft durchgeführt werden, z. B. durch Volksentscheide. Dadurch werden die Entscheidungsprozesse transparenter und die Verantwortungsträger in Gesamteuropa bekannter. Dies würde die Effektivität, die Effizienz und die Transparenz innerhalb der EU stärken. Daher sollte sich jeder die Frage stellen ob diese Effekte für eine weitergehende Demokratisierung bzw. für einen neuen Anlauf der politischen Integration sinnvoll sind.